

# Kav la' oved Workers Hotline

## Der heiße Draht für palastinensische Arbeiter / Von Holm-Detlev Köhler

*Kav La'oved* ist eine Freiwilligen-Organisation zur Verteidigung der Rechte palastinensischer Arbeiter in Israel und den besetzten Gebieten. Sie wird von Israelis und Palastinensern gemeinsam getragen und schon das ist im gegenwärtigen Israel eine Sensation. Obwohl in Israel alle ArbeiterInnen formal gleiche Rechte haben, bilden die palastinensischen ArbeiterInnen aus den besetzten Gebieten die unterste Kategorie in der Arbeitshierarchie.



Die Büros der palastinensischen Gewerkschaft?

Der trotz vieler Krisenerscheinungen immer noch mächtige israelische Gewerkschaftsbund *Histadrut* kassiert zwar die ohligatorisch zusammen mit der Sozialversicherung abgeführten Beiträge, weigert sich jedoch, deren Rechte zu vertreten. Begründung: die palastinensischen ArbeiterInnen seien heim israelischen Arbeitsamt nicht registriert. Dagegen ist der *Histadrut* oft an deren Diskriminierung direkt, über die Betriebsräte oder als einer der grössten Arbeitgeber Israels (der gemeinwirtschaftliche *Histadrut*-Sektor produziert etwa 20 % des Sozialprodukts), heteiligt. Somit ist die kleine, überparteiliche *Kav La'oved* die einzige Anlaufstelle für die palastinensischen ArbeiterInnen, deren Lage sich durch die Intifada, die neue Einwanderungswelle aus der ehemaligen UDSSR und den Golfkrieg weiter verschlechtert hat.

Zwei Gründungsmitglieder der *Kav La' oved*, der freiwilligen Organisation zur Verteidigung der Rechte Palastinensischer Arbeiter in Israel, die Israelin Hannah Zohar (Tel Aviv) und der Palastinenser Sradi Rajuh (Hehron, Westbank), absolvierten im März eine Informationsreise durch Westeuropa. Holm-Detlev Köhler führte mit beiden ein Gespräch.

### Können Sie kurz Entstehung und Entwicklung Eurer Organisation schildern?

Hannah Zohar: Wir begannen Ende 1989. Einige von uns waren vorher in *Kav Adom* (Red Light, Bürgerrechtsorganisation für Palastinenser, Red.) aktiv. Das war eine berühmte Telefonnummer, wo Palastinenser anriefen, um über Polizeibergriffe zu berichten. Immer mehr berichteten uns dann über Verletzungen der Arbeiterrechte, z.B. über nicht ausgezahlte Löhne. So entschieden wir uns, diese Organisation zu gründen. Wir gingen zuerst zu den "Sklavenmärkten", früher gab es etliche davon in der Gegend von Tel Aviv. Morgens um sieben Uhr trafen wir dort vor allem Schwarzarbeiter ohne Arbeitserlaubnis. Diese Arbeiter werden von der *Histadrut* nicht aufgenommen und vertreten.

So entschieden wir, ihnen zu helfen, weil ihnen niemand sonst hilft. Zuerst hielten sie uns für Verrückte, doch nachdem wir regelmässig kamen, erzählten sie uns ihre Beschwerden. Sie arbeiten für begrenzte Zeit, tages- oder wochenweise, ohne Vertrag, und manchmal am Wochenende erhalten sie noch nicht einmal ihren Lohn. Der Arbeitgeber sagt: kommt morgen wieder, nächste Woche. ... doch sie zahlen nie. Vor Gericht können diese Arbeiter nicht, denn ein Anwalt verlangt mehr Geld als ihr Lohn.

Daraufhin begannen wir, die Fälle vor das Arbeitsgericht zu bringen, ohne Anwalt das ist möglich in Israel. Einige hatten Erfolg und bekamen ihr Geld. Wir wurden dadurch sehr bekannt und erhielten starken Zulauf. Aher die Arbeiter erzählten uns von ihren Schwierigkeiten zu uns zu kommen und luden uns stattdessen in die besetzten Gebiete ein. Seit zwei Jahren fahren wir deshalb alle zwei Wochen in die Gebiete, in die Gewerkschaftsbüros dort.

Hannah Zohar: Ja. In Gaza sind sie vereinigt, in der Westbank nicht. Dort gehen wir manchmal margens in ein Büro und nachmittags in das von der anderen Gewerkschaft. Viele kamen, oft zu viele.

Heute sind wir zwanzig, alles Freiwillige, mehrheitlich Israelis, einen Beschäftigten haben wir jetzt, einen Jura-Studenten im Büro in Tel Aviv, und arbeiten mit einem Anwalt zusammen. Ich weiß nicht warum, aber wir sind überwiege'd Frauen.

### Und ihr werdet von internationalen Stiftungen unterstützt?

Hannah Zohar: Ja, ohne solche Unterstützung ginge es nicht. Unser Mitgliedsbeitrag beträgt kein Geld sondern mindestens zehn Stunden Arbeit monatlich.

### Eure Hauptarbeit besteht in individueller Rechtshilfe?

Hannah Zohar: Wir konzentrieren uns auf individuelle Rechtshilfe. Das entscheidende ist, daß die Arbeitsrechte für Israelis und Palastinenser dieselben sind. Die Schwierigkeit ist, die Palastinenser zu schwach sind, ihre Rechte einzufordern und dabei helfen wir ihnen. Die Arbeitgeber kennen uns jetzt. Zuerst schicken wir Ihnen einen Standardbrief zu, wo wir gerichtliche Schritte androhen. 20 % zahlen daraufhin sofort ohne Gerichtsprozeß.

Ich sagte, die Arbeitsrechte sind dieselben, nun mit einer Ausnahme, dem *National Insurance Law*. Die Palastinenser zahlen die gleichen Sozialversicherungsbeiträge wie wir, etwa 13 Prozent des Lohns, aber erhalten kaum Leistungen dafür. Rente und Arbeitslosengeld erhalten palastinensische ArbeiterInnen überhaupt nicht. Hier könnte die *Histadrut* ihre Macht einsetzen, um das Gesetz zu ändern. Doch nichts dergleichen geschieht. Wir versuchen jetzt über Parlamentsabgeordnete und den Obersten Gerichtshof Druck auf eine Gesetzesänderung auszuüben und erwarten von der *Histadrut*, daß sie etwas gegen diese Menschenrechtsverletzungen unternimmt.

### Wie wirkten sich die jüngsten Ereignisse, der Golfkrieg, die Einwanderungswelle aus der ehemaligen SU, aus?

Hannah Zohar: Nach dem Golfkrieg wurde alles schwieriger. Es gab eine lange Ausgangssperre von vierzig Tagen und anschließend ein Einreiseverbot nach Israel für Palastinenser. Dadurch verloren viele, die teilweise zehn und mehr Jahre gearbeitet hatten, ihre Arbeit und darüberhinaus ihre Ansprüche. In Israel hat man nach einem Jahr Arbeit bei Arbeitsplatzverlust Anspruch auf eine Abfindung in Höhe eines Monatslohns pro Jahr. Diesen Anspruch verliert man nach dreimonatigem Nichterscheinen auf der Arbeit. Viele Arbeitgeber nutzten diese Gelegenheit, um sich dieser Verpflichtung zu entledigen. Hinzu kommt die Subventionierung des Staates, der 30 Prozent des Lohns übernimmt, für die Einstellung von neuen Immigranten. Das

Einreiseverbot diente dazu, den neuen Immigranten die Jobs der Palastinenser zu gehen. Es gab eine Welle von Forderungen nach "Arbeitsplätzen für Juden", hei der viele Palastinenser entlassen wurden. Ich hin dafür, daß sie den neuen Immigranten Arbeitsplätze beschaffen, aber nicht auf Kosten der Palastinenser. So löst man keine Probleme.

Dazu kommen die seither geltenden extremen Auflagen für Palastinenser. Sie dürfen nur für bestimmte Tageszeiten einreisen und ihren Arbeitsplatz auch nicht verlassen. Die Polizei nutzt diese Reglementierung zu massenhaften willkürlichen Verhaftungen. Etwa 10000 palastinensische Arbeiter wurden bisher verhaftet und in überfüllten Zellen 48 Stunden festgehalten. Danach müssen sie 350 Shekel (ea. 250,- DM) Strafe zahlen. Wer sich weigert, dem gibt man die Arbeitserlaubnis ruckzuck. Auch hier haben wir schon während der Ausgangssperre die *Histadrut* zum Handeln aufgefordert. Bisher vergeblich.

### Warum verhält sich die Histadrut Eurer Meinung nach so diskriminierend?

Sradi Rajuh: Die *Histadrut* ist in Israel auch Arbeitgeber. Geraten deren Unternehmen in Schwierigkeiten, sind die palastinensischen Arbeiter immer die ersten Opfer. Wir haben Beispiele von Arbeitern, die 20 Jahre lang in derselben Fabrik für den gleichen niedrigen Lohn arbeiten. Nach 20 Jahren stehen sie genauso wie am Anfang da. Ein anderes Beispiel aus einer großen Textilfabrik, die viele Palastinenser beschäftigte: das Management wollte die arabischen Arbeiter entlassen und der Belegschaftsvertreter - immer ein Israeli - stimmte zu, unterschrieb, daß diese Arbeiter entschädigungslos (1) entlassen wurden. Wir brachten den Fall vor Gericht und erreichten eine Ahndung. Ein anderer Fall aus einem Hotel: dort wurden auf einen Schlag alle Araber, Israelis wie Palastinenser entlassen. Wir zwangen die *Histadrut* mit öffentlichen Kampagnen, einzugreifen. Schließlich wurde eine Abfindung in doppelter Höhe gezahlt, aber nur an die Israelis, nicht an die Palastinenser.

### Wie ist das Verhältnis der verschiedenen Gruppen an Arbeitsplätze?

Hannah Zohar: Sie sind separiert. Es gibt nur wenige Betriebe mit guten Beziehungen. Normalerweise sind sie streng voneinander getrennt. Palastinensische Arbeiter erhalten selbst bei hoher Qualifikation nur die unqualifizierten Jobs. Dies prägt auch deren Image, obwohl es wirklich gute Arbeiter sind. Übergreifende Arbeitersolidarität ist unter diesen Bedingungen so gut wie ausgeschlossen. Es gibt nur ganz vereinzelte Ausnahmen, wo Israelis ihre palastinensischen Kollegen zu uns brachten, um ihnen zu helfen. Auch hier trägt die *Histadrut* Verantwortung für diese Situation, anstatt ein gutes Beispiel für Solidarität zu geben.

### Wie werdet ihr in der israelischen Öffentlichkeit wahrgenommen?

Hannah Zohar: Wir haben viele Sympathien, nicht nur bei den Linken. Unsere Er

folge gehen uns Mut und die Palastinenser sind sehr froh, daß es uns gibt. Wir definieren uns nicht als politische, sondern als Arbeiterrechtsorganisation. Wir sind strikt parteiunabhängig.

Sradi Rajuh: Was wir tun, ist politisch, aber wir tun alles, um nicht als parteipolitisch zu gelten. Wir kümmern uns nicht um Staaten, sondern um gleiche Rechte. Wenn es zwei unabhängige Staaten geben sollte, werden wir die gleiche Arbeit weiter fortsetzen.

### Wie sieht es zur Zeit in den besetzten Gebieten aus? Gibt es Hoffnung?

Sradi Rajuh: Ich fange am Schluß an. Als die Friedensgespräche begannen, waren wir sehr froh. Ein neuer Prozeß beginnt, dachten wir. Wir überreichten sogar den israelischen Soldaten Olivenzweige und Blumen. Israel spricht aber von Frieden und gleichzeitig weitet es die Siedlungen immer mehr aus. Vor dem Golfkrieg arbeiteten 170000 Palastinenser in Israel. Heute sind es hestensfalls 70000. Dazu kehrten 50000 Palastinenser aus der Golfregion zurück. In Gaza beträgt die Arbeitslosenrate 60 Prozent, in der Westbank 40 Prozent, alle diese haben kein Einkommen. 75 Prozent der Kinder leben in Armut.

Wir haben Wasserquellen gefunden, die Israelis haben sie uns genommen, haben das Wasser zu ihren Siedlungen gebracht. In einem Dorf bekommen die Bewohner manchmal nur einmal pro Woche Wasser aus dem Wasserleitungssystem. 80 Prozent des Wassers der besetzten Gebiete wird zu den Israelis geleitet. 30 Prozent des Landes in Gaza Streifen nahmen sich die 2000 dort lehenden Israelis. Im verbleibenden Rest leben über 700000 Palastinenser im dichtestbesiedelten Gebiet der Erde. Immer nach Steinwürfen auf israelische Autos und Militärfahrzeuge zerstören Israelis als Strafe Teile unserer Felder und Acker. Alles wird sofort kollektiv bestraft.

Seit der Intifada gibt es auch eine neue Steuer, die im Volksmund "life-tax" heißt. Die Steuereintreiber kommen zu den Arbeitern und erklären ihnen, daß sie als Arbeiter in Israel viel Geld verdient hatten und nun eine geschätzte Steuersumme zu zahlen hatten. Das Durchschnittseinkommen eines palastinensischen Arbeiters in Israel beträgt 14000 Shekel im Jahr, wovon man kaum leben kann. Um eine Familie zu ernähren, braucht man 2500 Shekel im Monat. Und dann verlangen sie Steuern für ein vielfaches Einkommen von dem, was sie erhalten haben. Aber wer die Steuer nicht bezahlt, bekommt keine Arbeitserlaubnis.

Das Beispiel eines Freundes: Er erhielt eine Verladung vom Finanzamt. Wenn er nicht erscheint, wird er verhaftet. Sie sagten ihm, er hatte von 1980 - 1990 keine Steuern bezahlt. Er fragte: Wofür? Sie antworteten: Du hast in Israel gearbeitet. Er hatte zwei Monate in Israel gearbeitet in der gesamten Zeit. Bis 1987 hatte er studiert. Nach zwei Monaten Arbeit begann die Intifada. Seither unterliegt er der Polizeibewachung und hat keine Arbeitserlaubnis. Wofür wollten sie also Steuern? Sie antworteten ihm: Weil wir Dich am Leben ließen, Dich nicht abgeknallt haben.

Hannah Zohar: Ich muß hier erläutern, daß "life-tax" ein Ausdruck des Volkes ist. Die Offiziellen streiten all dies ab, aber viele Leute haben uns diese Erfahrungen mitgeteilt. Man muß bezahlen, weil man noch lebt. Deshalb haben die Leute angefangen, es "life-tax" zu nennen.

### Adresse und Spendenkonto:

*Kav La'oved - Workers Hotline*  
78, Allenby St.  
PO Box 2319, Tel Aviv 61022, Israel!  
Tel.: 03/66663754

Konno-Nr.: 35 7770/38 - Eched Ha'Am St., Sranich 811, Sank Leumi, Tej Aviv